

A man and a woman are smiling and looking at a wooden chair frame in a workshop. The man is on the left, wearing a grey sweater and a watch, and is holding the chair frame. The woman is on the right, wearing a beige sweater and blue jeans, with her hand on the man's shoulder. The background shows a workshop with various tools and equipment.

08

# WIRTSCHAFT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

LUXEMBURG BRAUCHT EINE DEBATTE ÜBER EINE  
NACHHALTIGE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK



## WOU STI MIR HAUT ?

**D**ie COVID-Krise, die Invasion Russlands in der Ukraine, der zerstörerische Impact des heutigen Wirtschaftsystems auf die natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Tatsache, dass Wachstum nicht mehr automatisch einhergeht mit der Steigerung der sozialen Gerechtigkeit und des Wohlbefindes ... diese und andere Argumente führen dazu, dass wir unser Wirtschaftssystem neu organisieren müssen.

Ein Paradigmenwechsel ist notwendig, in denen Aspekte des Gemeinwohls, der Regionalität u.a.m. weitaus stärker in den Fokus gerückt werden. Dabei gilt es auch, das Luxemburger Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum zu gestalten.

Zur sozial-ökologischen Transition gehört zudem in diesem Zusammen ein Hinterfragen der heutigen Finanzpolitik und der Budgetgestaltung. Es ist gerade zu widersinnig, dass der Staat heute wissend Millionen ausgibt und so letztlich die Klima- und Biodiversitätskrise nicht löst, sondern sie sogar in Kauf nimmt bzw. anfeuert. Zudem hat Luxemburg ein Steuersystem, das den Umweltverbrauch regelrecht fördert, Kapital wenig besteuert, aber den Faktor Arbeit belastet.

Das Luxemburger Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Prioritäten, Entscheidungsprozesse und Instrumente müssen reformiert werden.

*Wichtige Vorbemerkung: Im einleitenden Text zu dieser Publikation finden Sie grundsätzliche Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Diese werden an dieser Stelle nicht wiederholt.*

## 01

### Globale Verantwortung

### Übernehmen

Ein gewisser Austausch von Waren, Produkten und Dienstleistungen weltweit, ist vertretbar und in bestimmten Bereichen auch sinnvoll. Aber: die neoliberale Globalisierung hat Ausmaße angenommen, die weder im Respekt der Rechte zahlreicher Menschen, vor allem des globalen Südens, sind, noch den natürlichen Lebensgrundlagen Rechnung tragen. Zu sehr wird sie diktiert von den Maximen der Profitmaximierung, nicht aber der Förderung des Gemeinwohls.

Fundamentale Kurskorrekturen an der Organisation des Welthandels sind erforderlich.

Von der nächsten Regierung erwarten wir

- > das Eintreten auf EU-Ebene sowie in weltweiten Gremien für eine **Neuordnung des Welthandels**. Verteilungsgerechtigkeit, soziale, ökologische und demokratische Ziele sollten Fundamente des Welthandels sein, die Globalisierung in den Dienst der Menschen gesetzt werden;
- > ein **NEIN zu dem umstrittenen Mercosur-Abkommen** (Abkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay);
- > das Einfordern auf EU-Ebene einer **Überarbeitung bisheriger Handelsabkommen und einer Neuorientierung aller derzeit zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen** im Sinne einer Umgestaltung nach demokratischen, sozialen und ökologischen Kriterien;
- > einen **grundsätzlichen Umbau der Finanz- und Handelssysteme** nach sozial-ökologischen Kriterien.

In diesem Zusammenhang muss sich Luxemburg für eine starke Lieferketten-Richtlinie auf EU-Ebene einsetzen und Vorreiter sein. Finanzinstitute sowie die Fondsindustrie müssen dabei unbedingt einbezogen werden! Ansonsten würde Luxemburgs Bekundungen, das Finanzsystem „grüner“ gestalten zu wollen, erheblich an Glaubwürdigkeit verlieren, ebenso wie das generelle Engagement in Sachen Menschenrechte und nachhaltiger Entwicklung.



## 02

STAATSHAUSHALT NACHHALTIGER  
GESTALTEN

- > Der Staatshaushalt beinhaltet von seiner Struktur her keine wirkliche Nachhaltigkeitsdimension. Diese Feststellung betrifft sowohl die Frage **der langfristigen Absicherung der Staatsfinanzen als auch die fehlende bzw. unzureichende Evaluation der getätigten Ausgaben**. Der Staatshaushalt sollte deshalb strukturell reformiert werden, indem das Vorsorge- bzw. Langfristen Denken integriert und vor allem auch Qualitäts- sowie Effizienz Aspekte berücksichtigt werden. Dementsprechend sollte die Zukunftsfähigkeit der Staatsfinanzen auch weitaus stärker als bisher berücksichtigt werden.
- > Des Weiteren drängt sich eine **Analyse** des Staatshaushaltes auf **umweltschädliche Subventionen auf**. In den vergangenen Jahren wurde im Ausland eine Vielfalt an Studien erstellt, die alle zu den gleichen Schlussfolgerungen kamen: Generell befeuern die EU-Staaten mit Millionen oder sogar Milliardenbeträgen an umweltschädlichen Subventionen, die Klima- sowie die Biodiversitätskrise. Für Luxemburg liegt immer noch keine derartige Analyse vor. Dies obwohl im Energie-, Verkehrs- sowie landwirtschaftlichen Sektor viele Subventionen als umweltschädlich bekannt sind. Es ist dabei ein absoluter Anachronismus, dass der Staat Gelder ausgibt, ohne die Umweltfolgen und andere langfristigen Effekte zu berücksichtigen.

Die Zeit ist mehr denn überfällig, dass auch in Luxemburg eine derartige **Analyse** seitens des Finanzministeriums (gemeinsam mit den betroffenen Ministerien) erstellt und veröffentlicht wird und in aller Transparenz Schlussfolgerungen gezogen werden.

Luxemburg sollte sich in diesem Zusammenhang am Konzept des „Green Budgeting“ orientieren: es gilt, die Umweltauswirkungen des öffentlichen Haushaltes – anhand einer Reihe von Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen – systematisch zu bewerten. Dabei sollte idealerweise ein recht breiter Bereich berücksichtigt werden, der Steuern, Abgaben und Gebühren, Haushaltsausgaben und verschiedene „Steuerausgaben“ umfasst. Auf dieser Grundlage sollte die Politik die notwendigen Folgerungen im Sinne einer notwendigen Trendwende ziehen.

## 03

VOM BRUTTOSOZIALPRODUKT (PNB)  
ZUM „PIB DU BIEN-ÊTRE“

In Luxemburg gibt es, wie in anderen EU-Ländern ebenfalls, ein „PIB du bien-être“, der vom STATEC berechnet wird. Jedoch muss festgestellt werden, dass dieser in der Praxis keine Beachtung findet und nur begrenzt thematisiert wird. Im öffentlichen und vor allem dem politischen Diskurs geht eigentlich „nur“ die Rede vom Bruttonationalprodukt und seiner wünschenswerten Steigerung.

Das „PIB du bien-être“ muss endlich konsequent parallel zum BNP veröffentlicht werden und gleichberechtigt als Orientierungswert für die politische Arbeit dienen, auch als Gradmesser für die Regierungsarbeit.

Ziel wäre, dass das Bruttonationalprodukt progressiv an Bedeutung als Gradmesser des „Wohlstandes“ Luxemburgs verliert.



## 04

## NACHHALTIGKEITSCHECK FÜR REGIERUNGSENTSCHEIDUNGEN ALS ZENTRALES REFORMINSTRUMENT EINFÜHREN!

In der auslaufenden Legislaturperiode hätte ein sogenannter „**Nachhaltigkeitscheck für Gesetzesentwürfe und Reglements-vorschläge**“ der Regierung erstellt werden sollen. Mittels des Checks soll gewährleistet werden, dass die Langfristdimension sowie die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auch reell Eingang in Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenkammer finden, was derzeit leider nicht in ausreichendem Ausmaß der Fall ist.

Die neue Regierung sollte umgehend an der Umsetzung dieses so zentralen Instrumentes arbeiten. Nichts spricht auch dagegen, den Nachhaltigkeitscheck mit der „fiche financière“ von Gesetzesprojekten – im Sinne der „simplification administrative“ – zu verbinden.

**Vor der Entscheidung zu größeren relevante Infrastrukturprojekte** sollte eine **Kosten-Nutzen-Analyse** durchgeführt werden: Vor Jahren hat das Transportministerium ein ähnliches Vorgehen für den Bau größerer Straßenbauprojekte vorgegeben. Dabei geht es nicht nur um eine gesamtwirtschaftliche, sondern auch um eine umweltpolitische Bilanzierung.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass eine derartige Analyse grundsätzlich bei größeren Projekten geboten ist, u.a. im Rahmen des erwähnten Nachhaltigkeitschecks von Regierungsentscheidungen.



## 05

## GRUNDSATZDEBATTE ÜBER DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT LUXEMBURG NACH DEM LEITBILD DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG FÜHREN

Statt den Eindruck vermitteln zu wollen, vor allem durch technische Innovationen und Effizienzsteigerungen ein „grünes“ langfristig tragfähiges Wachstum erreichen zu können, brauchen wir eine ehrliche Debatte über unser Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftsmodell. Wie wollen wir ohne einen kontinuierlichen Wachstumszwang – mit allen Nebeneffekten – unseren Wohlstand sicherstellen?

Und sogar wenn man sich nicht auf die doch so unerlässliche Hinterfragung des Wachstumsdogmas einlassen wollte, müsste man zumindest, aus pragmatischer Sicht, folgende Fragestellungen in den Fokus rücken:

- > Wie kann eine **wachstumsunabhängigere Gestaltung und Finanzierung des Sozialsystems** erfolgen?
- > Welche Bereiche sollen in Zukunft, auch aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung, **langfristig wachsen, welche – aufgrund ihrer Folgewirkungen aus Nachhaltigkeitssicht – weniger?** Welche ökonomischen, sozialen und ökologischen Veränderungen / Verbesserungen ergäben sich dadurch?
- > Inwieweit und wodurch **beeinflusst der Staat bzw. die Politik das Wachstum bzw. die volkswirtschaftliche Produktionsfunktion** bisher in welche Richtung? Welche Förderprogramme / Maßnahmen können sich in welcher Weise auf ressourcenschonende, effiziente und kreislauforientierte Produktionsfaktoren der verschiedenen Wirtschaftszweige auswirken?

Mit dem Projekt „Luxembourg Stratégie“ des Wirtschaftsministeriums wurde diese Diskussion z.T. schon angestoßen: es gilt nun sie weitaus konkreter auf zentrale Fragestellungen und Instrumente zu deklinieren.

**Des Weiteren müsste umgehend eine Analyse über die politischen Lenkungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung** durchgeführt werden.

In Debatten wird regelmäßig behauptet, das Wirtschaftswachstum wäre nicht „steuerbar“. Wobei im gleichen Atemzug jene Akteure, die diese Behauptung aufstellen, trotzdem gerne anführen, die heutige gute wirtschaftliche Situation sei auf ihre politischen Entscheidungen zurückzuführen...

Zur Objektivierung und Versachlichung einer Wachstumsdebatte sollte die neue Regierung umgehend eine **Analyse** durchführen, über **welche Lenkungsmöglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Staat** verfügt. Nur so können (endlich) die Gestaltungsmöglichkeit der Politik aufgezeigt und somit eine korrekte Debatte geführt werden.



## 06

**DER REGIONALEN WERTSCHÖPFUNG  
EINE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE  
PRIORITÄT EINRÄUMEN!**

Nicht zuletzt in Zeiten der COVID-Krise wurde vermehrt darüber diskutiert, dass Regionalmärkte bewusster ausgebaut und gefördert werden sollten.

In erster Linie fallen einem dabei Prozesse wie die Inwertsetzung bzw. Veredelung der einheimischen Holzproduktion, im Landwirtschafts- und Gartenbaubereich ein.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist es unabdingbar, dass **eine systematische Analyse durchgeführt wird, in welchen Sektoren die regionale Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der Großregion** ausgebaut werden kann.

Dies muss sich auch in der konkreten Politik in Sachen **Standorte für mittelständische Betriebe** niederschlagen, die einen neuen Standort suchen (und in nationalen Aktivitätszonen weiterhin kaum Zugang haben...). Von großer Bedeutung ist es ebenfalls zu klären, in welchen **Zonen sozialwirtschaftliche Initiativen** sich verstärkt ansiedeln sollen (diese Frage ist bis dato nicht geklärt).

1Dringend geboten ist somit eine Debatte darüber, welchen **Stellenwert** wir vor allem der **regionalen Wertschöpfung** beimessen und wie wir diese reell stärken können.

Dies würde nach Ansicht des Mouvement Ecologique mit sich bringen, dass die Bereitstellung von Standorten – im Besonderen auf interkommunaler / regionaler Ebene – verstärkt auf den Mittelstand orientiert wird, eine Landwirtschaftspolitik gefördert wird, im Rahmen derer direktere Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen entstehen, Betriebe im Konstruktionsbereich fitter gemacht werden für nachhaltige Bauweisen u.a.m.

## 07

**REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE,  
GEMEINWOHLÖKONOMIE UND  
KOOPERATIVE FORMEN DES  
WIRTSCHAFTENS IM FOKUS**

Neben einer stärkeren Regionalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten (unter Einbeziehung der Großregion, ihrer Kompetenzen und Interessen) sowie der Kreislauforientierung, gilt es jedoch auch Formen der Gemeinwohlokonomie, des Gemeinwesens bewusst zu fördern.

Bei zahlreichen dieser Initiativen geht es um neue Formen des Wirtschaftens, der Sozial- und Solidarwirtschaft, basierend auf einem weniger materiell orientierten und nachhaltigeren und kooperativen Gesellschaftsmodells.

Die neue Regierung sollte ein deutliches Bekenntnis abgeben, dass sie diese Wirtschaftsformen nicht nur als reine Nischen ansieht, sondern, als ein **wesentliches Instrument zur Transformation unseres heutigen Wirtschaftssystems**, sehr bewusst fördern wird.

Hierzu gehören u.a. folgende Instrumente:

- > **Klärung der Frage der Zuständigkeiten:** Bis dato liegt die Verantwortung zur Förderung der „Sozialökonomie“, kooperativer Formen sowie der Kreislaufwirtschaft bei verschiedenen Ministerien. Es ist nicht gewusst, bei welchem Ministerium die Federführung liegt, um diese Formen des Wirtschaftens insgesamt zu fördern. In der nächsten Regierung muss die Frage der Kompetenzen unbedingt geklärt werden.



- > **Klärung von niedrigeren Mehrwertsteuersätzen:**  
Die Gelegenheit der Senkung der MwSt-Sätze auf diversen Leistungen im Sektor des „Reuse-Repair-Share“ sowie Projekten auf der Ebene der Kreislaufwirtschaft sollte analysiert werden.
- > **Öffentliche Ausschreibungen als zentrales Instrument:**  
Die Integration von Bestimmungen im Sinne der Beschaffung von Gütern aus zweiter Hand sowie von sozialen Anforderungen in Lastenheften der öffentlichen Hand ist ein zentrales Instrument zur Förderung neuer Formen des Wirtschaftens. Einerseits geht von diesen eine wichtige Signalwirkung aus, andererseits fördern sie in erheblichem Ausmaß den Absatz und den Markt. Seitens der jeweils betroffenen Ministerien sollten deshalb umgehend modellhafte Lastenhefte bzw. Online-Tools erstellt werden, die den genannten Kriterien Rechnung tragen.
- > **Ressourcenzentren als Dreh- und Angelpunkte einer ressourcenschonenden Abfallwirtschaft:** Gemäß neuem Abfallwirtschaftsgesetz sollen die aktuellen Recycling-Zentren zu Ressourcen-Zentren umgewandelt werden, welche verstärkt die Reparatur und Wiederverwendung von Produkten sicherstellen sollen. Hier bieten sich interessante Synergien zwischen Abfallwirtschaftssyndikaten bzw. Gemeinden und sozialwirtschaftlichen Arbeitsinitiativen an. Dabei wird Menschen, die den direkten Zugang zum Arbeitsmarkt nicht schaffen, ermöglicht, Perspektiven im Bereich „Repair, ReUse, Share“ aufzubauen und ihnen die Chance gegeben, mittels spezifischer Begleitung und Anleitung, ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich zu erhöhen. Bei der Wiederaufbereitung von Produkten bieten sich z.B. personalintensive Arbeitsschritte an, die gerade von Arbeitsinitiativen gut abgedeckt werden können. Verbesserungen der Lagerkapazitäten oder die Vermittlung von Ressourcen könnten hierbei einen großen Teil zu einer Optimierung von Materialflüssen beitragen.
- > **Lokale und regionale Betriebe durch die Einführung des „Reparaturbonus“ fördern:** Die Höhe des Preises einer Reparatur stellt bekannterweise eines der größten Hemmnisse von Reparaturen dar. Der Reparaturbonus könnte hierbei Abhilfe schaffen und Betriebe vor Ort fördern! Mit dem von der öffentlichen Hand gewährten (pro Jahr bzw. Produktart gedeckelt) Bonus werden einerseits die Kosten einer Reparatur für den Einzelnen reduziert und zudem auch die lokalen Betriebe unterstützt. Nach den positiven Erfahrungen verschiedener Gemeinden, gilt es nun dieses Instrument auf nationaler Basis einzuführen. Die genaueren Modalitäten sollten zwischen den betroffenen Akteuren – Wirtschaft, Verbraucherschutz, Umwelt, Energie – in Abstimmung mit den Akteuren der Abfallwirtschaft geklärt werden.
- > **Handwerkssektor attraktiver gestalten und auf zukünftige Herausforderungen vorbereiten:** Ein lebendiger und zukunftsfähiger Handwerkssektor ist die Voraussetzung dafür, dass Luxemburg seine Klima- und Umweltschutzziele erreichen kann. Generell gilt es in der öffentlichen und politischen Debatte den Handwerksberuf zu valorisieren. In diesem Kontext muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen und in der Aus- und Weiterbildung von betroffenen Handwerkskreisen einen stärkeren Fokus auf Themen wie Reparatur, Wiederverwendung, sowie Technologien der Energiewende,... legen. Gerade hier sollten das Arbeits- und das Bildungsministerium sowie die Handwerkskammer verstärkt nach Lösungen suchen, um diese Berufssparten zu valorisieren, noch attraktiver zu gestalten und auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Es gilt demnach auch die verschiedenen Ausbildungsgänge zu überdenken bzw. neue einzuführen.
- > **Stärkere Einbindung der Initiativen im Bereich der „économie solidaire“ im Rahmen der Vorbereitung zur Wiederverwendung:** Die Arbeitsinitiativen wie Nei Aarbecht, CIGL und ähnliche Initiativen bieten Menschen des zweiten Arbeitsmarktes im Bereich „Reuse- Repair- Share“ Perspektiven der Qualifizierung an. Bei der Wiederaufbereitung von Produkten bieten sich z.B. viele personalintensive Arbeitsschritte an, die gerade von Arbeitsinitiativen gut abgedeckt werden können, dies im Besonderen in Zusammenhang mit den vorgesehenen Ressourcen-Zentren.
- > **Online-Handel: Fairen Wettbewerb mit Handel vor Ort gewährleisten:** Ein wachsender Anteil an Produkten wird im Internet gekauft. Gerade im Online-Handel gibt es jedoch Praktiken, die sich geltenden Vorschriften entziehen und den einheimischen Markt schwächen. Es gilt auf zwei Ebenen aktiv zu werden: einerseits durch eine stärkere Regulierung bzw. das Schließen von Gesetzeslücken und Grauzonen und andererseits durch eine verstärkte Überwachung multinationaler Plattformen und Online-Händler. Indem gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten werden, können niedrigere Preise angesetzt werden. Dadurch erhalten solche Anbieter auf weltweiten Online-Marktplätzen einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem gesetzeskonformen Handel und nationaler Online-Plattformen.
- > **Überwachung und Kontrolle des Marktes gewährleisten:** Um sicherzustellen, dass bereits bestehende bzw. zukünftige Vorgaben in Bezug auf Reparatur, Haltbarkeit und Garantienzeiten tatsächlich eingehalten werden, sind eine Stärkung und Ausweitung der Überwachung und Kontrolle des Marktes notwendig. In Luxemburg ist das dem Wirtschaftsministerium unterstehende „*Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services*“ (ILNAS) hierfür zuständig. Da das ILNAS eine Schlüsselrolle bei der Festlegung der Experten für spezifische EU-Gremien zukommt, wäre eine Absprache mit anderen Ministerien und Verwaltungen (im besonderen Umweltministerium und-verwaltung bzw. Verbraucherschutzministerium) und deren verstärkte Einbeziehung in die Vertretung der Interessen Luxemburgs auf EU-Ebene notwendig.
- > **Ausleih-Plattform für Möbel schaffen:** Der Staat sollte zukunftsfähige Geschäftsmodelle der Möbelbranche fördern, die auf der Kreislaufwirtschaft und somit auf Langlebigkeit, Reparatur- und mögliche Restaurierung“ von Möbel und somit der oftmaligen Verwendbarkeit durch „Mieten statt kaufen“ über Ausleih-Plattformen basieren. Die gesellschaftliche – aber auch die ökonomische – Wertschöpfung erfolgt derart durch die Nutzung und nicht a priori nur durch den einmaligen



Neu-Verkauf erfolgen. Um dieses Modell zu fördern, könnten z.B. online Ausleih-Plattformen für Möbel erstellt werden.

> **Schaffung von Instrumenten zur Verbesserung der Logistik und von Materialflüssen im Sinne der Kreislaufwirtschaft:**

Ziel muss es aber auch sein, anfallende Materialien effizienter zu nutzen. Es mangelt in Luxemburg noch an einer Plattform (oder eines ähnlichen Instrumentes), um Ressourcen effizienter in den Kreislauf zu bringen und die Warenflüsse zu optimieren. Dies kann in einem Kommunikationssystem zwischen Ressourcen-Zentren und Akteuren im „Reuse – Repair – Share“-Bereich sein (wie es schon teilweise im Süden des Landes besteht), um verfügbare Materialien an Interessierte weiterzuvermitteln. Es kann sich aber ebenfalls um ein interaktives Portal handeln, um Akteure zu vernetzen und ggf. Synergien zu schaffen.

## 08

### FINANZSEKTOR KONSEQUENTER UMGESTALTEN

Der Mouvement Ecologique ist derzeit weniger im Bereich der Finanzwirtschaft aktiv. Dies auch aufgrund begrenzter personeller Möglichkeiten. Dabei kommt dem Finanzsektor in Luxemburg eine äußerst zentrale Rolle zu.

Gemäß Recherchen, die Ende 2022 veröffentlicht wurden, werden derzeit- in den offiziellen Verlautbarungen- die Anlagefonds „grüner“ bzw. „nachhaltiger“ dargestellt, als sie es tatsächlich sind. So würden 4 von zehn Fonds in Luxemburg, die sich in der „höchsten Kategorie“ der nachhaltigen Finanzprodukte in Europa ansiedeln (Artikel 9-Fonds) in Luxemburg weiterhin erhebliche Gelder in fossile Energien investieren, z.B. in Unternehmen wie Total oder RWE. Weiters klarere Regeln sind erforderlich.

Die Fortentwicklung / Umgestaltung des Luxemburger Finanzsektors kann in seiner Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nicht überschätzt werden. Dabei soll es nicht darum gehen hie und da „grünere“ Investmentfonds zusätzlich zu bestehenden zu entwickeln, sondern grundsätzlichere Reformen in die Wege zu leiten, um die Fondsindustrie allgemein nachhaltiger zu gestalten.

Der Staat sollte dabei sicherstellen, dass zumindest in den Banken mit staatlicher Beteiligung strenge Kriterien respektiert werden.



## 09

## NEUE PERSPEKTIVEN IN SEKTOREN MIT GEFÄHRDETEN ARBEITSPLÄTZEN ENTWICKELN

Die sozial-ökologische Transition wird zu Arbeitsplatzverlusten in diversen Bereichen führen (z.B. im Tanktourismusbereich). Jedoch werden auf anderer Ebene neue Chancen entstehen, wo zum Teil bereits heute ein erheblicher Personalmangel besteht (z.B. auf der Ebene der Altbausanierung, der Förderung der erneuerbaren Energien). Die Rolle des Staates ist es, gemeinsam mit den Sozialpartnern die fragilen Wirtschaftsbereiche zu definieren und gemeinsam Maßnahmen in die Wege zu leiten um den Arbeitnehmer:innen durch Umschulungen zu neuen Qualifikationen zu verhelfen und dadurch attraktive Perspektiven zu bieten. Der Staat sollte vorsehen, derartige Programme zu entwickeln und zu finanzieren.



## 10

## DIE FRAGE DER MITTEL- UND LANG- FRISTIGEN FINANZIERUNG DES SOZIAL- SYSTEMS NICHT LÄNGER HINAUSSCHIEBEN

Die derzeitige Abhängigkeit der Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems vom Wirtschaftswachstum stellt ein zentrales Problem dar, das endlich als solches erkannt und konsequent angegangen werden muss!

Mit dem derzeitigen Finanzierungsmodus können die Sozialausgaben nur bei einer steten Zunahme der Beitragszahler:innen / der Einnahmen gedeckt werden; insofern ist bei diesem Modell ein fortwährendes Wachstum unerlässlich für die Finanzierung des Sozialsystems. Aber: wenn man diese Logik in die Zukunft extrapoliert, müsste Luxemburg unendlich anwachsen... was sich wohl niemand wünscht und sicherlich nicht machbar ist.

Es wäre sträflich heute so zu tun, als ob dieses Schneeballsystem tragfähig wäre und somit die ganze Verantwortung auf die kommende Generation zu verlagern.

Denn das Problem wird sich weiter verstärken. Zunehmende Ansprüche an die Sozialsysteme können nur durch mehr Wachstum befriedigt werden, welches wiederum die Ansprüche wachsen lässt. Davon abgesehen, dass dieses System langfristig zusammenbrechen wird, führt es bereits jetzt merkbar zu einer Abnahme der Lebensqualität durch Zersiedlung der Landschaft, Einengung der Erholungsräume, zunehmenden Verkehr, Lärm und überbelegten Wohnraum, um nur diese zu nennen.

Insofern vergrößern wir derzeit permanent das Problem der Finanzierung des Sozialsystems und verlagern es auf die kommenden Generationen – eine nicht nachhaltige Verschiebung in der Zeit! Problematisch dabei ist vor allem, dass dieses Thema als eines der wichtigsten Handlungsfelder der nationalen Politik nicht einmal wahrgenommen zu werden scheint, und sich sowohl die Politik als auch Gewerkschaften und Arbeitgeber des ungebremsten Wachstums verschrieben haben.

**Es gilt endlich, das Sozialsystem unabhängiger vom Wirtschaftswachstum zu gestalten.**

Die Regierung sollte umgehend eine **Analyse** in Auftrag geben, welche alternativen zusätzlichen Finanzierungsmodelle es gibt. Dabei darf die Frage einer **verstärkten Kapital- und Finanztransaktionsbesteuerung** auch für Luxemburg kein Tabu mehr sein. Die Diskrepanz zwischen der hohen Belastung des Faktors „Arbeit“ gegenüber dem Faktor „Kapital“ ist nicht hinnehmbar.



# 11

## EINE NACHHALTIGE STEUERREFORM IST EIN ABSOLUTES MUST

Das Luxemburger Steuersystem ist de facto auf dem ökologischen Auge blind, es werden die gänzlich falschen finanziellen Anreize aus Nachhaltigkeitssicht gesetzt: Luxemburg ist europaweit fast Schlusslicht, was die Steuereinnahmen im ökologischen Bereich betrifft.

Die Umweltsteuer-Einnahmen sind in Luxemburg im Vergleich zu anderen EU-Ländern besonders gering, sie trugen im Jahr 2014 lediglich 5,25% zum gesamten Steueraufkommen bei, wobei der Anteil seit 2004 sogar kontinuierlich rückläufig ist. Die relative Belastung des Faktors Kapital ist mit 21,2% auf einem historischen Tiefstand mit ebenfalls stark rückläufiger Tendenz. Und die Besteuerung des Faktors Arbeit steigt kontinuierlich an, die Arbeit trägt mit über 50% den Großteil der Steuerlast.

Eine Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Steuerreform wurde bekannterweise immer wieder versprochen, aber ebenso immer wieder verträgt.

Wer die Schlagwörter von „qualitativem Wachstum“ nutzt, muss umgehend den **Umweltverbrauch weitaus stärker belasten** und das Sozialsystem entlasten.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique führt kein Weg an einer **grundsätzlichen Reform des Steuersystems vorbei, dabei muss der ökologischen Frage oberste Priorität eingeräumt werden**. Nur durch eine Preiswahrheit und die richtigen fiskalen Anreize kann die so dringende Transformation des Wirtschaftssystems und z.T. auch des heutigen Konsummodells erfolgen. Dabei muss die Frage, welches der Impact diverser Steuern auf das Indexsystem ist, ein für alle Mal gelöst werden.

Dabei sollte selbstverständlich u.a. an der Gradualität der Erhöhung der **CO<sub>2</sub>-Steuer festgehalten, einer Pestizid- und Stickstoffsteuer** angegangen werden!



# 12

## STAATLICHE FÖRDERUNG VERSTÄRKT AN NACHHALIGKEITSKRITERIEN BINDEN!

Für Nicht-Insider ist es schwer durchschaubar, von welchen staatlichen Subventionen ein Betrieb heute profitieren kann, welche steuerlichen Erleichterungen ihm unter Umständen zugestanden werden oder aber auch nicht.

Es ist unabdingbar, dass das Wirtschaftsministerium hier weitaus **transparenter kommuniziert** und auch dabei **Nachhaltigkeitskriterien einbezieht**, was die aktuelle Handhabung betrifft. Darüber hinaus müsste darauf hingearbeitet werden, dass vor allem jene Betriebe, die den Nachhaltigkeitszielen und den erklärten Diversifizierungszielen der Regierung entsprechen, eine Förderung erhalten, jene aber, die nicht konform zu diesen Leitlinien sind, nicht.

Zusätzlich sollte die **Vergabe von staatlichem Bauland für Betriebsansiedlungen an strikte Kriterien** gebunden werden! Als Eigentümer des Landes ist die Regierung frei zu entscheiden, wem sie welches Land zur Verfügung stellen bzw. verkaufen will oder nicht. Sicherlich soll dies nicht willkürlich „à la tête du client“ erfolgen, sondern gemäß festgelegten, nachhaltigen und auch nachvollziehbaren Kriterien. Es wäre deshalb an der Zeit, dass sich die Regierung **transparente Kriterien für den Verkauf oder die Zurverfügungstellung von Land** geben und offen legen würde, dies im Interesse der Rechtssicherheit für alle Akteure.

# 13

## EXTERNE KOSTEN DER ENTWICKLUNG BESTIMMTER ÖKONOMISCHER AKTIVITÄTEN BERECHNEN UND AUF DEN TISCH LEGEN!

Auf der Ebene des Tanktourismus erfolgte erstmalig in Luxemburg vor Jahren eine **Kosten-Nutzenanalyse**: Es wurde untersucht, in welchem Verhältnis die externen Kosten – sprich Umweltbelastung, notwendige Infrastrukturkosten u.a.m. – zu den generellen Vorteilen und im Besonderen den Einnahmen stehen. Die 2016 vorgestellte Studie hat klar gemacht: Die negativen Konsequenzen des Tanktourismus auf Umwelt, Gesundheit oder Infrastrukturen überwiegen bei weitem die reinen Steuereinnahmen, makroökonomisch ist der Tanktourismus ein Verlustgeschäft mit 3,5 Milliarden Euro jährlichen Kosten versus 2,1 Milliarden Einnahmen. Zudem fördert der Tanktourismus Umwege von Fahrzeugströmen und erhöht die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Transport sowie der sanften Mobilität.

Es ist bedauerlich, dass keine derartige Analyse für eine Reihe von industriellen Ansiedlungen durchgeführt wurde. Sie hätte zur Verschärfung so mancher Diskussion beigetragen. Die Erstellung und Diskussion solcher Kosten-Nutzen-Analysen sollte eine Priorität der kommenden Regierung im Rahmen einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik darstellen.

## 14

## BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

## ALS OPTION FÜR LUXEMBURG

## ANALYSIEREN

Von zahlreichen Fachleuten wird das bedingungslose Grundeinkommen als ein zentrales Element einer Neuorientierung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells angesehen. In Luxemburg wurde die Diskussion bis dato noch nicht wirklich geführt. Die nächste Regierung sollte umgehend Akteure zusammenrufen, um das **Pro und Contra sowie eventuelle Detailmodalitäten** eines derartigen Mindesteinkommens - im Kontext der gesamten sozialen Absicherung - zu thematisieren und auszuloten. Im Ausland wurden z.T. Modellprojekte initiiert, wobei jeweils andere Akzente und Prioritäten (z.B. betreffend die Höhe, die Rahmenbedingungen) gesetzt wurden. Gerade Luxemburg, als überschaubares und reiches Land, müsste sich intensiv mit der **Opportunität der Einführung des Grundeinkommens** sowie eines entsprechenden **Modellvorhabens** auseinandersetzen.

## 15

## NACHHALTIGKEITSCHECK FÜR BETRIEBE

## EINFÜHREN

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Diskussionen über die Opportunität der Ansiedlung einzelner neuer Betriebe in Luxemburg. Die Frage stand im Raum, ob diese den Zielvorstellungen eines „nachhaltigen“ Wirtschaftsstandortes Luxemburgs gerecht werden.

Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass

- > ein **transparenter Raster** (Nachhaltigkeitscheck) vorgelegt wird, mittels welchem die Betriebe bewertet werden, inwiefern sie den Zielvorstellungen eines zukunftsorientierten Wirtschaftsstandortes entsprechen oder nicht;
- > der **gesetzliche Rahmen** verbessert wird (siehe folgenden Punkt), damit ggf. die Ansiedlung eines Betriebes, der diesen Kriterien widerspricht, abgelehnt werden kann (dies ist derzeit nicht der Fall);
- > der Staat derartigen Betrieben **kein Terrain in nationalen Aktivitätszonen**, das sich in seinem Besitz befindet, zur Verfügung stellt.

Eine derartige Vorgehensweise wäre dem Wirtschaftsstandort dienlich, da hiermit auch die Planungssicherheit erhöht wird.





# 16

## VERBINDLICHE UMWELTZIELE DEFINIEREN - UND ÜBER DIE KOMMODO GESETZGEBUNG HINAUS RECHTLICH VERANKERN!

Eigentlich gibt es zahlreiche Dokumente, in welchen generelle Nachhaltigkeits- und Umweltziele festgehalten werden: der Plan für nachhaltige Entwicklung (z.B. Verringerung der Bodenversiegelung), das Programm der Landesplanung (z.B. Priorität für die Entwicklung von zentralen Siedlungsorten- centres de développement et d'attraction), diverse EU-Vorgaben (z.B. Vorgaben für zulässige Belastung der Luft) u.a.m. Und trotzdem haben bis dato derartige generelle Ziele vielfach noch nicht vollends Eingang in die Entscheidungsprozesse von Betriebsansiedlungen bzw. -genehmigungen gefunden. Vielfach wird die Einzelsituation des Betriebes betrachtet, nicht aber die Gesamtauswirkungen auf die Umgebung bzw. dessen Impact auf generell definierte Umweltziele.

Dabei ist es gerade die Summierung von Einzelentscheidungen, die dazu führen kann, dass ökologische Grenzen gesprengt werden.

Deshalb sollten u.a. zwei Maßnahmen ergriffen werden:

- > **Festlegen von politisch und rechtlich verbindlichen quantitativen nationalen Umweltzielen**, was den Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie die klima- und umweltschädlichen Emissionen betrifft;
- > **Überarbeitung des rechtlichen Rahmens für Entscheidungen von Betriebsniederlassungen und -ausweitungen**. Neben der "bestmöglichen Technologie" müssen bei der Ansiedlung eines Betriebes oder eines Betriebsausbaus auch die vorher genannten Umweltziele als verpflichtendes Kriterium einbezogen werden (u.a. drängt sich eine entsprechende Bestimmung im neuen Klimaschutzgesetz auf).

Seitens des Umweltministeriums war im Übrigen eine Studie über die natürliche Wachstumsgrenzen des Umweltraumes in Luxemburg angekündigt worden (in Bezug auf Wasser, Luft, Boden, Flächenverbrauch...). Es wird nach wie vor mit Spannung auf diese so wichtige Studie gewartet.



# 17

## LEBENSSTILDEBATTE OFFENSIV ANGEHEN!

Eine Transformation unserer Gesellschaft in Richtung nachhaltige Entwicklung erfordert sowohl eine grundlegende Reform unseres Wirtschaftssystems, als auch unseres individuellen und kollektiven Lebensstils. Sie ist mit einem kulturellen Wandel verbunden.

Es braucht eine „neue Definition“ was wir unter „gutem Leben“, im Respekt der Grenzen des Planeten, weltweiter Gerechtigkeit und im Interesse der kommenden Generationen, verstehen.

Dies nicht zuletzt auch mit dem Wissen, dass die Steigerung des materiellen Besitzes ab einem gewissen Zeitpunkt keine Steigerung des Wohlbefindens mehr mit sich bringt.

Die öffentliche Hand steht in der Verantwortung, auf positive Art und Weise die Diskussion darüber zu fördern, was ein **nachhaltiger Lebensstil** bedeutet und muss vor allem die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

